

ZIVILSCHUTZ 1985

Am 30. und 31. Jänner 1985 fand im Kongreßzentrum Hofburg die langerwartete Zivilschutz-Enquete statt. Gastgeber war der Bundesminister für Inneres, Karl Blecha, der auch das sehr bemerkenswerte und richtungsweisende Grundsatzreferat unter dem Titel "Neue Perspektiven des Zivilschutzes in Österreich" hielt.

Teilgenommen und mitgewirkt haben prominente Politiker und hochrangige Beamte aus der Bundes- und Landesebene, bekannte Wissenschaftler, namhafte Funktionäre der Freiwilligen Feuerwehr, der Rettungsorganisationen und des Österreichischen Zivilschutzverbandes sowie auch Vertreter der Österreichischen Hochschülerschaft.

Die einzelnen Referate, unter anderem von Kurt Steyrer, Karl Sekanina, Franz Löschnak, Siegfried Ludwig und Univ. Prof. Herbert Soratin, sind in der Verbandszeitschrift des Österr. Zivilschutzverbandes "Zivilschutz" Nr. 1/2 abgedruckt.

Ich möchte hier nur das Referat Karl Blechas kurz zusammenfassen: Da ich darin Anhaltspunkte sehe, die auf eine starke Forcierung des bis jetzt eher stiefmütterlich behandelten Zivilschutzes abzielen.

NEUE PERSPEKTIVEN DES ZIVILSCHUTZES IN ÖSTERREICH (Zusammenfassung)

Seit der letzten Zivilschutz-Enquete 1961 haben sich auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet große Veränderungen ergeben.

Heute genießt Österreich als souveräner Staat internationale Anerkennung, Österreich wird wegen seiner inneren Stabilität und seines sozialen Friedens von vielen Staaten beneidet und die Neutralität Österreichs ist bewährt und tief im Bewußtsein der Welt verankert. Das

darf uns jedoch nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen vielmehr rastlos bemüht sein, das in materiel-ler und ideeller Hinsicht Erworbene zu mehren und zu sichern. In ganz besonderer Weise gilt das für das sicherheitspolitische Denken.

Die Beispiele aus den beiden Weltkriegen zeigen, daß potentielle Aggressoren sich durch den bloßen völkerrechtlichen Neutralitätsstatus nicht von ihren Angriffsabsichten abhalten lassen, wenn ihnen dies ihre weiterzielende Strategie günstig erscheinen läßt und der zu erwartende Widerstand als schwach eingeschätzt werden kann. Angesichts des modernen Kriegsbildes können militärische Abwehrmaßnahmen allein nicht mehr genügen.

- + Die Stärkung der Einsatzkapazität der bestehenden Hilfs- und Rettungsorganisationen (Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund etc.) in ausbildungsmäßiger und ausrüstungsmäßiger Hinsicht
- + In Ergänzung dazu Erhöhung der Einsatzkapazität der mit Aufgaben des Katastrophenschutzes befaßten behördlichen Einrichtungen.
- + Mobilisierung der Bereitschaft der nichtorganisierten Bevölkerung, sich selbst bis zum Eintreffen organisierter überörtlicher Hilfe zu helfen und Vermittlung der dazu notwendigen Kenntnisse. (Erste Hilfe, einfache technische Nothilfe, Krisenfestigkeit des Haushaltes, Verhalten im Schutzraum etc.)



Sie müssen ergänzt werden durch die Sicherung des wirtschaftlichen Bedarfes, durch psychologische Vorbereitung der Zivilbevölkerung vor Kriegseinwirkungen und Folgen aller Art.

Zivilschutz in den sogenannten Anlaßfällen der ULV und Katastrophenschutz in Unglücksfällen kleineren und größeren Ausmaßes im Frieden bilden ein untrennbares Ganzes, sind eine homogene Einheit. Der Katastrophenschutz kann nur und muß die feste, gesicherte Basis für alle weiterführenden Maßnahmen sein, die darauf abzielen, den über das friedensmäßige Ausmaß hinausgehenden Anforderungen der Anlaßfälle möglichst effizient zu entsprechen.

Aufgaben des Zivilschutzes

Vorrangig sind alle Maßnahmen, die unmittelbar der Abwendung einer drohenden Gefahr oder der Milderung ihrer Folgen dienen. Hierzu zählen:

ZIVIL- UND KATASTROPHENSCHUTZ-ZENTREN IN DEN GEMEINDEN

Als Denkanstoß in Richtung auf die Intensivierung des Selbstschutzes mache ich schon jetzt den Vorschlag, in allen österr. Gemeinden Zivilschutz-Beratungsstellen einzurichten, deren Aufgaben unter Leitung des Bürgermeisters oder des von ihm Beauftragten wären:

- 1) Durchführung von Kursen und örtlichen Übungen unter Heranziehung der Einsatzorganisationen.
- 2) Förderung der Nachbarschaftshilfe (Selbstschutzhelfer).
- 3) Koordinierung der Schutzraumplanung und Schutzraumberatung in der Gemeinde.
- 4) Melde- und Auskunftsstelle in Notfällen.
- 5) Öffentlichkeitsarbeit.

